

Martin Schockenhoff

Gesellschaftsinteresse und Gleichbehandlung beim Bezugsrechtsausschluß

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

B 48 469



Carl Heymanns Verlag KG · Köln · Berlin · Bonn · München

Inhalt

§ 1 Einführung	1
I. Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	1
II. Minderheitenschutz beim Bezugsrechtsausschluß	3
§ 2 Bedeutung und Entwicklung des Bezugsrechts	7
I. Bedeutung für die Aktionäre	7
II. Die Entwicklung des Bezugsrechts und der Schranken des Bezugsrechtsausschlusses	8
1. ADHGB und HGB	8
2. AktG 1937 und AktG 1965	9
III. Die Formel vom Gesellschaftsinteresse	12
§ 3 Die Formel vom Gesellschaftsinteresse in der praktischen Anwendung	15
I. Subjektive Bestimmung des Gesellschaftsinteresses (BGH)	16
1. Schwierigkeiten der Konkretisierung	16
2. Der Sorgfaltsmaßstab	17
3. Gerichtskontrolle und Verbandsautonomie	17
4. Die Ambivalenz der Formel	21
II. Minderheitenschutz durch Verfahren (Lutter)	22
III. Objektivierung des Gesellschaftsinteresses (Hirte)	23
1. Der Maßstab der Vorhersehbarkeit	23
a) Unschärfe des Begriffs	23
b) Bedeutung der Vorhersehbarkeit für das Gesellschaftsinteresse ..	24
c) Vorhersehbarkeit und Minderheitenschutz	25
2. Die Beschränkung der unternehmerischen Ermessensfreiheit	25
IV. Eigene Ansicht	26
§ 4 Gesellschaftsinteresse und Verteilungsgerechtigkeit	29
I. Der sachliche Zusammenhang von Gesellschaftsinteresse und Gerechtigkeit	30
1. Die Antwort des Utilitarismus	30
2. Die Ansichten im gesellschaftsrechtlichen Schrifttum	31
3. Der »Kali + Salz«-Fall als praktisches Beispiel	32

4. Ergebnis	33
5. Der Einfluß der Grundsätze der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit	34
a) Der Grundsatz der Erforderlichkeit	34
b) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	36
c) Folgerungen	36
6. Zusammenfassung	37
II. Das rechtliche Verhältnis von Gesellschaftsinteresse und Gerechtigkeit	37
1. Ausweitung des Aktionärskreises	37
2. Verteilung oder Wachstum?	38
3. Die methodische Aufgabenstellung	39
a) Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit	40
b) Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung und Funktion der Aktiengesellschaft	41
aa) Die Kapitalsammelfunktion	43
bb) Innerverbandliche Gerechtigkeit als Sicherung dieser Funktion	44
cc) Andere Voraussetzungen dieser Funktion	45
c) Empirische Überprüfung der These	45
d) Duldungspflichten der Minderheit	47
e) Volkswirtschaftliche Erwägungen im innerverbandlichen Verteilungskonflikt	47
4. Auslegung der Satzung als Ergebniskontrolle	48
5. Zusammenfassung	49
§ 5 Der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung	51
I. Gleichheit und Gerechtigkeit	51
II. Der Gleichheitssatz im Aktienrecht	53
1. Der Inhalt des Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung	53
2. Seine Geltung beim Bezugsrechtsausschluß	55
3. Seine Tauglichkeit für den Schutz der Minderheit	55
a) Zurechnungsregeln bei Zuteilung der neuen Aktien an Dritte (persönliche Reichweite)	56
aa) Insbesondere an Ehegatten	56
bb) Vergleich mit der Zurechnungsproblematik bei Stimmrechtsfragen	58
cc) Zurechnung bei sonstigen Verwandten und nahestehenden Personen	58
b) Sachliche Reichweite des Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung	58
c) Ergebnis	60
d) Das Kriterium zulässiger Abweichungen vom Gebot gleichmäßiger Behandlung	60
aa) Gesellschaftsinteresse	61
bb) Notwendigkeit einer Verteilungsregel	62
cc) Das Unterschiedsprinzip von Rawls	63

§ 6 Das Unterschiedsprinzip	65
I. Die Anwendungsbedingungen des Unterschiedsprinzips und seine teleologische Begründung	66
II. Die Feststellung und Bewertung von Unterschieden	68
1. Vergleichbarkeit der zu verteilenden Güter	68
2. Feststellung der Unterschiede durch die Gerichte	69
III. Die zulässigen Unterschiede	70
1. Das vollständige Unterschiedsprinzip	70
2. Ausschaltung von Umgehungsmöglichkeiten	73
3. Konsequenzen	73
a) Bevorzugung Dritter vor den Aktionären?	73
b) Der Vorrang der Gerechtigkeit vor dem Verbandswohl	74
4. Die Tendenz des Unterschiedsprinzips zur Beibehaltung der Beteiligungsverhältnisse	77
IV. Mißbrauch durch die Minderheit	78
1. Bei Sacheinlage eines Aktionärs	78
2. Bei Sacheinlage eines Dritten	80
V. Die Formulierung des Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung unter Berücksichtigung des Unterschiedsprinzips	80
§ 7 Konkurrenz- und Beweislastfragen	83
I. Das Verhältnis des Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung zur Formel vom Gesellschaftsinteresse	83
II. Das Verhältnis zum Verbot der Verfolgung von Sondervorteilen (§ 243 II)	85
III. Beweislast	86
1. Für das Vorliegen einer Ungleichbehandlung	89
2. Für die Übereinstimmung der angefochtenen Maßnahme mit dem »einfachen« Unterschiedsprinzip	92
3. Für die Übereinstimmung mit dem vollständigen Unterschiedsprinzip	93
§ 8 Inhaltskontrolle bei Entscheidung der Verwaltung über die Zuteilung der neuen Aktien und bei anderen Beschlußgegenständen	95
I. Die Zuteilung der neuen Aktien durch die Verwaltung	95
II. Die Übertragung der Formel vom Gesellschaftsinteresse und des Unterschiedsprinzips auf andere Beschlußgegenstände	97
1. Die Formel vom Gesellschaftsinteresse	98
2. Das Unterschiedsprinzip	101
a) Unternehmensverträge gem. § 291, Eingliederung, Verschmelzung und Umwandlung	102

b) Ausgliederung	103
c) Auflösungsbeschluß	105
3. Zusammenfassung	106
Zusammenfassung der Ergebnisse	107
Abkürzungen	113
Literatur	115
Sachregister	133